

## Liebe Genossinnen und Genossen,

die Vorstellungsrunden der Kandidatin und der Kandidaten um das Spitzenamt bei der nächsten Landtagswahl haben sich konkretisiert und sind terminiert. Am 11. November 2010, in der Zeit von 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr stellen sich Brigitte Fronzek, Ralf Stegner, Torsten Albig und Matthias Stein den Genossinnen und Genossen sowie der Öffentlichkeit vor. Entgegen ersten Verlautbarungen findet die Veranstaltung in Lensahn, im Haus der Begegnung statt. Aufgrund sehr hoher Gebührenforderungen in den Schlossterrassen in Eutin mussten wir den Veranstaltungsraum kurzfristig umdisponieren.

Alle Genossinnen und Genossen aus dem Kreisverband erhalten eine persönliche Einladung. Der SPD-Kreisvorstand



würde sich sehr freuen, viele von euch in Lensahn begrüßen zu können. Da es eine öffentliche Veranstaltung ist, solltet ihr eure Freunde und Nachbarinnen und Nachbarn mitbringen.

Hier haben wir eine gute Gelegenheit uns zu präsentieren, die wir nutzen sollten. Weitere Informationen dazu erhaltet ihr in dieser Ausgabe.

Doch außerhalb unserer Parteiangelegenheiten bleibt das Leben nicht stehen. Zu Themen, die uns, insbesondere in Ostholstein, bewegen, haben sich neue Erkenntnisse ergeben. So hat sich der Bundesrechnungshof (BRH) zu den vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) prognostizierten Kosten der Festen Fehmarnbeltquerung (FBQ) geäußert. Bereits seit April 2009 liegt ein äußerst kritischer Bericht des BRH zur Finanzierung und zur Höhe der Kosten der Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung vor. Vom BMVBS wird nun verlangt, dass dem Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages ein weiterer Bericht zur Risikobewertung des Projektes bis Ende 2011 vorzulegen ist.

Damit ist ein großer Schritt in Richtung Kostentransparenz getan, den wir unserer Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn zu verdanken haben. Nur an ihrer Hartnäckigkeit liegt es, dass der Bundesrechnungshof diese Forderungen an das Ministerium richtet.

Die Feste Fehmarnbeltquerung reiht sich

wie Stuttgart 21 und die Elbphilharmonie in die Reihe von Projekten ein, die die Bevölkerung zunehmend kritischer betrachten. Die landläufige Argumentation, dass alle Entscheidungen demokratisch erreicht wurden und dass deshalb diese Projekte umzusetzen sind, greift nicht, je länger die Planungen andauern. Die bisherige Politik hat nicht verstanden, dass Entscheidungen, die vor langer Zeit beschlossen wurden, kontinuierlich auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden müssen. Denn die Welt dreht sich weiter, die Menschen bekommen neue Erkenntnisse und lassen sie in ihr Meinungsbild mit einfließen. Somit ist das Phänomen der Ausmaße der Demonstrationen um Stuttgart 21 und auch der Festen Fehmarnbeltquerung mit Hinterlandanbindung zu erklären. Und die Menschen haben Recht mit der Forderung nach dauerhafter Reflektion aller politischen Entscheidungen. Der Kampf lohnt sich und sollte geführt werden. ■

Rote Grüße

**Lars Winter**  
Kreisvorsitzender

## Jusos-Ostholstein bei Großdemo in Berlin

Zusammen mit anderen Mitgliedern des SPD-Kreisverbandes Ostholstein führen die Jungsozialisten (Jusos) am Samstag, den 18.09.2010 nach Berlin, um an der von verschiedenen Umweltverbänden und Parteien organisierten Großdemonstration gegen Atomkraft in Berlin teilzunehmen. Insgesamt drei Busse machten sich auf den Weg von Ostholstein in die Bundeshauptstadt. Einer davon wurde durch den SPD-Kreisverband und die Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn finanziert. Zusammen mit der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und dem Juso-Bundevorsitzenden Sascha Vogt ging es dann



einmal rund um das Regierungsviertel und zu einer abschließenden Sitzblockade vor dem Bundeskanzlerinnenamt. Besondere Anlaufstelle war die FDP-Bundeszentrale, die innerhalb kürzester Zeit voller gelber Anti-AKW-Sonnen geklebt war.

Für die Ostholsteiner Jusos war die Großdemonstration nach der (vergeblichen) Endlagersuche im Frühjahr in Eutin und der Teilnahme an der Menschenkette zwischen den norddeutschen AKWs schon die dritte Veranstaltung zum Thema Atomkraft. „Sollte die gelb-schwarze Bundesregierung bei ihrem derzeitigen Kuschkurs zu den Strom-Monopolisten bleiben, war es sicherlich nicht unsere letzte Veranstaltung“, so der Juso-Kreisvorsitzende Niclas Dürbrook. ■

**Niclas Dürbrook**  
Juso-Kreisvorsitzender

## Einladung zur öffentlichen Vorstellungsrunde

Liebe Genossinnen und Genossen,  
über die Vorstellungsrunde der Kandidatin und Kandidaten für das Amt des/der Ministerpräsidenten/-in im Kreisverband Ostholstein am

**Donnerstag, 11. November 2010,  
Beginn: 19:30 Uhr,  
Veranstaltungsort:  
Restaurant GILDESTUBEN,  
Dr.-Julius-Stinde-Str. 2, 23738 Lensahn**

haben wir Euch bereits mit einer Mail vom vergangenen Montag informiert.

Alle Mitglieder des SPD-Kreisverbandes Ostholstein werden zu diesem Termin in den nächsten Tagen eine schriftliche Einladung erhalten.

Unser Anspruch hierbei ist, mit diesem Auswahlverfahren eine aktive Beteiligung der Mitglieder der SPD und auch der Öffentlichkeit zu erreichen. Auf diese Weise setzen wir unser Ziel „Mehr Demokratie wagen!“ in die Tat um.

Das ganze Verfahren soll gerecht, fair und für die Mitglieder der SPD mobilisierend sein - und mit Blick auf die Öffentlichkeit lebendig, interessant und attraktiv. Wir sind sicher, dass uns dies mit Eurer Unterstützung auch gelingen wird.

### DIE BEWERBER:

Die vom SPD-Landesvorstand gesetzte Bewerbungsfrist für die Kandidaturen für das Amt des Spitzenkandidaten bzw. der Spitzenkandidatin ist am 1. Oktober 2010 abgelaufen.

Es gibt eine Kandidatin und drei Kandidaten. In alphabetischer Reihenfolge sind dies:

- Torsten Albig, Oberbürgermeister der Stadt Kiel
- Brigitte Fronzek, Bürgermeisterin der Stadt Elmshorn
- Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
- Mathias Stein, Kiel

Der Kandidat Dieter Schnau hat seine Bewerbung am 03.10.2010 zurückgezogen.

### DAS AUSWAHLVERFAHREN:

Das gesamte Verfahren zum Mitglieder-

entscheid wird im Auftrag des Landesvorstandes von einer 5er-Gruppe vorbereitet, der folgende Mitglieder angehören:

der Geschäftsführende Landesvorstand (selbstverständlich ohne den Kandidaten Ralf Stegner), Bettina Hagedorn (Leitung), Andreas Breitner, Jörg Wenghöfer, der Landesparteiratsvorsitzende Andreas Beran und der Vorsitzende der MdB-Landesgruppe Ernst Dieter Rossmann.

Das vom Landesvorstand beschlossene Auswahlverfahren besteht aus drei Stufen:

- Die Mitgliederversammlungen in den fünfzehn Kreisverbänden der SPD (die Veranstaltung in Ostholstein wurde für Donnerstag, 11. November 2010, terminiert) und
- einer gemeinsamen Versammlung aller Arbeitsgemeinschaften sowie
- dem Mitgliederentscheid, an dem alle ca. 20.000 Mitglieder der SPD Schleswig-Holsteins teilnehmen können.

Die Landesdelegiertenkonferenz der SPD wählt dann im Anschluss die Landesliste der SPD.

### DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG:

Die Einladungen zu den Mitgliederversammlungen werden vom SPD-Landesverband an alle Mitglieder in den jeweiligen Kreisverbänden verschickt. Die Veranstaltungen sind zudem öffentlich, d.h. alle Bürgerinnen und Bürger, die sich persönlich ein Bild von unseren Kandidaten machen möchten, sind dazu eingeladen.

Eine Reihe von Kreisverbänden, so auch der Kreisverband Ostholstein, hat entschieden, dass es auf den Veranstaltungen ein Meinungsbild geben wird. Hieran können sich auch Bürgerinnen und Bürger beteiligen, die nicht Mitglied der SPD sind.

Alle Termine für die kommenden Vorstellungsrunden sowie die Reihenfolge der Veranstaltungen wurden im Einvernehmen mit den/der Kandidaten/-in beschlossen.

### ABLAUF:

Die Veranstaltungen werden folgende Blöcke enthalten:

- Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden
- Moderierte Fragen zur Vorstellung der Kandidaten

- Vorstellungsreden von etwa 10 Minuten
- Beantwortung von Fragen des Publikums
- Schlussstatements der Kandidaten (max. drei Minuten)
- Schlusswort der Kreisvorsitzenden

### UNSERE BITTE(N) AN EUCH BZGL. DER ORGANISATION AN DIE ORTSVERBÄNDE:

Um eine möglichst breite Öffentlichkeit auf die Vorstellungsrunde am 11. November 2010 erreichen zu können, wird der Kreisverband Ostholstein Plakate drucken lassen, die wir kostenfrei an die Ortsvereine weitergeben werden. Hierzu bräuchten wir eine unbedingte Rückmeldung durch Euch, wie viele Plakate im A1-Format Ihr in Eurem Ortsverein aufstellen werdet.

Darüber hinaus möchten wir Euch schon heute darum bitten, die entsprechenden Genehmigungen bei den Ordnungsämtern Eurer Gemeinden einzuholen!

Des Weiteren möchten wir Euch bitten, Fahrdienste zur Veranstaltung nach Lensahn zu organisieren, um möglichst vielen SPD-Mitgliedern und auch Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit zur Teilnahme bieten zu können.

Solltet Ihr entsprechend große Anmeldungen aus Euren Ortsvereinen durch Abfrage erhalten, gebt uns bitte eine Rückmeldung, da sich neben den bewährten Fahrgemeinschaften evtl. auch ein Bedarf für einen dann zu charternden Bus ergeben würde.

Wir würden uns freuen, möglichst bald eine Rückmeldung, insbesondere zu Eurem Plakatbedarf und der Resonanz an der Veranstaltung aus Eurem Ortsverein hinsichtlich einer evtl. Busbuchung, von Euch zu erhalten.

Alle Genossinnen und Genossen ohne weitere Funktionen in den Ortsvereinen sowie alle Einwohner Ostholsteins, die Interesse an dem Besuch der öffentlichen Vorstellungsrunde haben, bitte ich, mit den SPD-Ortsvereinen in Verbindung zu treten und ihr Interesse anzumelden.

Ich freue mich darauf, viele von Euch und Ihnen in Lensahn begrüßen zu können. ■

Lars Winter  
Kreisvorsitzender

## Verabschiedung von Karlfriedrich „Charlie“ Berg

Heute verabschieden wir Dr. Karlfriedrich Berg, er war 24 Jahre SPD-Kreistagsabgeordneter. Von diesen 24 Jahren war er 11 Jahre Kreispräsident des Kreises Ostholstein.

D.h.

11 Jahre war er der höchste Repräsentant des Kreises.

11 Jahre hat er die Kreistagssitzungen geleitet.

11 Jahre hat er zu den Ältestenratssitzungen eingeladen.

Dr. Berg, wir nennen ihn Charlie, aber mit „ie“ am Ende, hat zur Hälfte dieser Wahlperiode aus gesundheitlichen Gründen sein Kreistagsmandat niedergelegt. Charlie war in sehr vielen verschiedenen Ausschüssen politisch tätig. Als Kreispräsident arbeitete er bis 2001 mit Landrat Fischer und bis 2003 mit Landrat Sager zusammen.

Als Kreispräsident hat er die „Absichtslosen Gespräche“ im Kreishaus eingeführt. Dazu wurden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und des Handels eingeladen.

Sein Leben ist nicht nur die Politik, sondern auch die Kirche, die Kunst und die Kultur. Charlies politische Einstellung ist entscheidend geprägt durch seine christlichen Wurzeln. Er war Mitglied der norddeutschen Synode und zitierte häufig aus Martin Luthers Werk „Von der Freiheit eines Christenmenschen“.



Charlie ist immer noch ein Mahner des freien Denkens und Handelns.

Heute geht in der SPD-Fraktion eine Ära zu Ende.

Charlie hat in der Fraktion nach den sozialdemokratischen Grundsätzen gearbeitet und auch danach gelebt: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Lieber Charlie, du hast durch deine 24 Jahre ehrenamtlicher politischer Arbeit im Kreistag viel auf die Familie, Freunde, Freizeit und Hobbys verzichtet.

Du hast viel von deiner Lebenszeit und Arbeitskraft in die Kommunalpolitik investiert, für den Kreis Ostholstein, für die

Bürgerinnen und Bürger im Kreis. Dafür vielen Dank im Namen meiner Fraktion und ich glaube auch sagen zu dürfen, im Namen aller Fraktionen im Kreistag.

Lieber Charlie,

Freud und Leid liegen eng beieinander und manches Herzblut ist geflossen.

Zwei Sätze, ewig geltende Wahrheiten, vermögen jedem von uns Einsicht und Beruhigung zu geben:

- Nichts ist von Dauer.
- Alles hat seine Zeit.

Ich möchte mich bei dir auch im Namen aller Fraktionen im Kreistag für deine Arbeit bedanken.

Wir, lieber Charlie, werden in deinem Sinne weiterarbeiten auf einem politischen Weg, der nie zu Ende geht, aber gegangen werden muss, um der vielen Probleme Herr zu werden.

Für deine lange ehrenamtliche politische Arbeit, für deine besonderen Verdienste, wurde dir lieber Charlie, heute die Ehrennadel des Kreises Ostholstein überreicht.

Die SPD-Kreistagsfraktion überreicht dir und deiner Frau einen Präsentkorb mit vielen „Leckereien.“ ■

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender

## Eutiner Festspiele: 90.000 € Steuergelder des Kreises „versenkt“.

**Neues Spielplankonzept für 2011? CDU/FDP haben 30.000 € vorzeitig freigegeben.**



Die positive und euphorische Botschaft vor einigen Wochen von der neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der Eutiner Festspiele Monika Obieray lautete: „Alle Zahlen liegen auf dem Tisch, die Krisenzeit der Festspiele ist vorbei.“ Damit verbreitete sie viel Optimismus für die Zukunft der Spiele.

Klinke: „Ich bin entsetzt! Wie kann es

zu einem Defizit von 300.000 € kommen, wenn vorher von der neuen Aufsichtsratsvorsitzenden und vom Geschäftsführer Josef Hussek nur positive Signale gesendet worden sind? Wenn man, wie Frau Obieray, in dieses finanzielle „Haifischbecken“ der Eutiner Festspiele springt, muss und sollte man sich vorher die Zahlen zeigen lassen und/oder selbst genau kontrollieren. Es wäre jetzt ein großer Fehler, das finanzielle Loch auf den Controller zu schieben.

Meine Fraktion fordert jetzt die Eutiner Festspiele auf, sehr schnell zu klären, wie es zu diesem riesigen Defizit gekommen ist. Denn der Kreis, es sind Steuergelder, hat in diesem und im letzten Jahr die Spiele mit insgesamt 90.000 € bezuschusst.“ Mit dieser „verbrannten“ Summe hätte der Kreis

verschiedene soziale Projekte auf den Weg bringen können. U.a. für jedes Kind eine warme Mahlzeit oder die Einrichtung eines Kreisfonds für Verhütungsmittel.

Die SPD-Fraktion hat im letzten Jahr dem zusätzlichen Zuschuss von 30.000 € und auch in diesem Jahr der vorzeitigen Bewilligung des Zuschusses von 30.000 € nicht zugestimmt. Obieray und Hussek stellten auf der Kuratoriumssitzung im September die Zahlen als seriös und echt vor. Mit einer soliden Hochrechnung für 2011 wurden die Zweifel der Kuratoriumsmitglieder zerstreut. Durch die vorzeitige Freigabe des Zuschusses des Kreises, gegen die Stimmen der SPD, von 30.000 €, es sind Steuergelder, sollte die Liquidität der Festspiele gesichert werden. Sowohl im Kuratorium als auch in der Eutiner Stadt-

vertretung wurde von der Spitze der Spiele alles rosarot dargestellt, von den Besucherzahlen bis zu den Finanzen.

Die SPD-Fraktion ist mit ihrer eindeutigen und sehr kritischen Position zu den Eutiner Spielen jetzt bestätigt worden. Vor genau einem Jahr hat sich die Fraktion dafür ausgesprochen, die Spiele 2010 pausieren zu lassen, da sie schon in finanzielle Turbulenzen geraten waren, und sie über eine geordnete Insolvenz erst 2011 mit neuem Profil an den Start gehen zu lassen. Denn die bisherigen Strukturen und Angebote sind nicht mehr zeitgemäß.

Es müssen radikale Veränderungen vorgenommen werden. Dazu gehört auch eine professionelle „Spitze“ der Spiele,

diese Tätigkeit ist von Ehrenamtlern nicht mehr zu leisten.

Klinke: „Die Konzeption der letzten 60 Jahre hat keine Zukunft mehr, das wurde jetzt bestätigt. Es muss ein neuer Schirm aufgespannt werden, der alte hat ausgedient. Man kann es schaffen, dass 2011 die gewachsenen Spiele in einem neuen Gewand laufen, dies aber ohne Steuergelder. Dazu ist die Wirtschaft in Eutin und Umland, sind die Kulturfreunde der Spiele aufgerufen, sich zu engagieren und Sponsoren zu finden. Meine Fraktion erkennt die kulturelle, touristische und wirtschaftliche Bedeutung der Eutiner Festspiele an. Deshalb müssen sie jetzt sehr zeitnah und mit allen Anstrengungen für die Zukunft neu aufge-

stellt werden.“

Die alten Programmzöpfe müssen abgeschnitten werden, damit sich neue Besucherkreise angesprochen fühlen, d. h. u.a. neben der Oper müssen Konzerte aus den Bereichen Jazz, Rock, Pop, Schlager und Musical gehören. Weiterhin muss das Schleswig-Holstein Musik-Festival mit ins Programm einbezogen werden.

Klinke: „Es ist zu schaffen, der Neustart der Spiele steht ab Montag mit einer geordneten Insolvenz in den Startlöchern für das Jahr 2011.“ ■

Burkhard Klinke  
SPD-Fraktionsvorsitzender

## Das schwarz-gelbe Schulgesetz schadet Schülern, Lehrern, Eltern

Rede von Dr. Ralf Stegner im Landtag am 6. Oktober 2010



Wir diskutieren heute den Entwurf von CDU und FDP zur Änderung des Schulgesetzes und weitere Anträge zur Schulpolitik. Das scheint ein Routinevorgang zu sein – ist es aber nicht, denn hier droht ein gewaltiger Schaden für Schleswig-Holstein, für Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Kommunen. Sie werden es erwartet haben und ja, selbstverständlich fordere ich Sie auf, eine derart einschneidende und verheerende Gesetzesänderung zu unterlassen! Ihnen fehlt schlicht und ergreifend der politische Führungsanspruch – über Ihren Mangel an Legitimation dafür hatten wir ja bereits in der vergangenen Sitzung debattiert.

Widmen wir uns nun der eigentlichen Sache: Wir halten die Bildungspolitik für viel zu wichtig, als dass sie vordergründigen Parteistreitigkeiten untergeordnet werden dürfte. Deshalb habe ich vor Wochen die Initiative ergriffen und den Kollegen der anderen Oppositionsfraktionen vorgeschlagen, gemeinsam auf die Regierung zuzugehen, um im Interesse von

Schülern, Eltern, Lehrern und Kommunen zumindest ein Moratorium für die Schulen in unserem Land zu erreichen. Die Kollegen Erdmann und Habeck haben das dann öffentlich gemacht, die Koalition hat das brüsk zurückgewiesen, weil sie beim Schulgesetz offenbar durchregieren will.

Für uns Sozialdemokraten war Bildung seit jeher eines der wichtigsten politischen Handlungsfelder, heute ist das die Schlüsselfrage für die Zukunft unseres Landes. Nicht zuletzt konnte ich am eigenen Leibe erfahren, was „Aufstieg durch Bildung“ bedeutet. Bildung heißt, in die Zukunft investieren, Bildung heißt Wertschätzung gegenüber Eltern und Kindern, Bildung ist die Grundlage für das weitere Leben, den beruflichen und charakterlichen Werdegang.

Wir reden über die entscheidende Weichenstellung für Schleswig-Holstein. Es geht um einen ungeheuren finanziellen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen für Ganztagschulen, bessere Bildungschancen für alle Kinder – ob deutsch oder nicht deutsch, von Alleinerziehenden oder anderen Familien, von Geringverdienern oder bessergestellten Familien, es geht um Schulsozialarbeit, längeres gemeinsames Lernen, gesundes Mittagessen, Lernmittelfreiheit, Abbau von finanziellen Hürden bei der Schülerbeförderung und um Beitragsfreiheit von der Kita bis zum Studium.

All das geht nur, wenn wir begreifen, dass Kinderbetreuung und Bildung Priorität Nr. 1 sein müssen. Nichts davon verrät Ihr Schulgesetzentwurf.

Ein Sprichwort sagt, „wenn du für ein

Jahr planst, säe Samen aus. Planst du für zehn Jahre, pflanze Bäume. Planst du für hundert Jahre, lehre Menschen“ – Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, können allenfalls noch für ein gutes Jahr planen. Danach werden Sie den Sturm aus dem Wind ernten, den Sie heute säen wollen.

Warum, Herr Kollege von Boetticher, wollen Sie nach kaum drei Jahren ein Schulgesetz ändern, welches die CDU mit uns gemeinsam auf den Weg gebracht hat? Sie reden doch sonst immer von Langfristigkeit und unserer Verpflichtung gegenüber den Folgegenerationen! Sie sagen uns das wie ein Mantra bei den Haushaltsberatungen für nahezu jeden Einzelposten! Warum gilt das für die Bildungspolitik eigentlich nicht? Die einzige Nachhaltigkeit, die Sie von der CDU mit dieser Rolle rückwärts beim Schulgesetz erzielen können, würde eine lange Zeit auf der Oppositionsbank sein! Bei Ihnen von der FDP wird es ja vielleicht eher die außerparlamentarische Opposition „reloaded“ sein.

Doch zurück zur Frage, warum nach drei Jahren schon wieder alles falsch sein soll, was gestern noch gut war. Es gibt zur Zeit nun wirklich nicht schon wieder Reformbedarf im Schulbereich, ganz im Gegenteil: Die neuen Schularten der Regional- und Gemeinschaftsschulen sind von Elternvertretungen, von Lehrerkollegien und -verbänden und kommunalen Schulträgern in ihrer derzeitigen Ausprägung nicht nur akzeptiert, sondern ausgesprochen positiv aufgenommen worden. Die Schulen haben mit hoher Motivation und eigenem Engagement pädagogische Kon-

zepte umgesetzt und weiterentwickelt. Seit drei Schuljahren setzen sie diese von Ihnen selbst mitentwickelten neuen Formen des Lehrens und Lernens engagiert um.

Das Schulgesetz von 2007 ist gemeinschaftlich von zwei gleich starken Koalitionspartnern entwickelt worden, in intensiver Zusammenarbeit von Fraktionsarbeitskreisen, in Übereinstimmung des Kabinetts und der Fraktionen von CDU und SPD. Hier wurden seinerzeit alle Wenss und Abers ausdiskutiert, es gab einen Kompromiss, kein Partner konnte hier dominieren.

Es gibt überhaupt keinen Anlass, im Schulbereich erneut gesetzgeberisch tätig zu werden. Diesen Appell richte ich insbesondere an Sie, Herr Kollege von Boetticher, und an Ihre Fraktion. Wo bleibt Ihre Verantwortung? Warum wollen Sie eigentlich dem Bildungsminister einen Freibrief ausstellen, die Versprechungen aus seiner langen Oppositionszeit endlich doch noch umsetzen zu können. Ich dachte, Sie wollen die CDU in die Zukunft führen und nicht in die Vergangenheit.

Wir wissen alle, dass Sie, Herr Dr. Klug, einer von 4 Abgeordneten waren, die gegen das geltende Schulgesetz gestimmt haben, mithin 65 Kollegen für die Einführung der beiden neuen Schularten gestimmt haben, auch die Oppositionsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SSW, die auch damals Verantwortung bewiesen haben. Wir wissen auch schon aufgrund der Streicheleinheiten, die Sie von zwei Lehrerverbänden in der Vergangenheit erhalten haben – sehr geehrter Herr Dr. Klug, dass Sie von Ihrer ganzen Einstellung her das sind, was die CDU bundesweit sucht, nämlich ein echter Konservativer: Sie waren und sind ein beinhardter Vertreter des dreigliedrigen Schulsystems.

Es ist doch glasklar, was Sie etwa mit den Änderungen zu den Paragraphen 42 und 43 ihres Gesetzesentwurfes beabsichtigen. Was Sie den „freiheitlichen“ Aspekt in Ihrem Gesetzesentwurf nennen, stellt sich als kaum getarnte Wiederbelebung des dreigliedrigen Systems innerhalb der Organisationsstruktur einer Regionalschule bzw. Gemeinschaftsschule dar. Sie beschreiben es nur verschlüsselt „als Unterricht in abschlussbezogenen Klassenver-

bänden“. Das ist nicht die fortschrittliche FDP des Freiburger Programms, das ist Rückschritt pur.

Sie ahnen doch schon selbst, dass Sie die Quittung für diese enorme politische Fehlleistung spätestens bei den nächsten Wahlen erhalten werden. Deshalb versuchen Sie doch das Urteil der Schleswig-Holsteiner so lange wie möglich hinauszuzögern.

Mit Beginn des aktuellen Schuljahres 2010/11 war der Übergangsprozess für die ehemaligen Haupt-, Real- und Gesamtschulen eigentlich abgeschlossen. So verzeichnen wir heute insgesamt 134 Gemeinschaftsschulen, 109 von ihnen sind neu organisiert, 25 ehemalige Gesamtschulen sind kraft Gesetzes Gemeinschaftsschulen geworden. Die Gemeinschaftsschule ist damit klar zur stärksten Schulart in Schleswig-Holstein geworden. Das nenne ich Fortschritt, Herr Minister Dr. Klug!

Es war übrigens eine Abstimmung der Eltern mit den Füßen und die Entscheidung von zahlreichen kommunalen Schulträgern, viele davon mit konservativen Mehrheiten. Interessanterweise sind die letzten 17 Anträge auf Errichtung einer Gemeinschaftsschule mit ihren notwendigen pädagogischen Konzepten von Ihnen, sehr geehrter Herr Klug, am 15. Februar dieses Jahres genehmigt worden. Gut so!

Dürfen wir und insbesondere die Schulen und Schulträger nun also davon ausgehen, dass die vorgelegten Konzepte als notwendiger Bestandteil des Antrages damit ebenso durch die obere Schulaufsicht genehmigt worden sind, diese ergo nach unserem Rechtsverständnis Bestandsschutz genießen? Oder wollen Sie den Prozess von Schule zu Schule nach Ihren Vorstellungen neu aufrollen und die Schulkonzepte des längeren gemeinsamen Lernens rückgängig machen? Leider spricht alles dafür, dass Sie die Gemeinschaftsschulen schikanieren und rückabwickeln wollen. Glauben Sie wirklich, dass das keiner durchschaut? Im übrigen richten Sie ausgerechnet in dieser Haushaltslage mit Ihrer Politik ein teures Schulchaos an. Die Zeche zahlen die Lehrerinnen und Lehrer durch unbezahlte Mehrarbeit und die Schülerinnen und Schüler durch Verlust an Unterrichtsqualität. Sie kürzen nämlich zweimal 300

Stellen – 3.650 insgesamt bis 2020 – und damit 750 Stellen mehr, als es die in einem schwierigen Kompromiss vereinbarte Entscheidung der Großen Koalition aus dem Sommer 2009 vorsah. Wenn es unser Ziel ist, mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur zu führen, so bewirken Sie mit Ihrer Politik das glatte Gegenteil.

Sie werden den Eltern und Schülern erklären müssen, warum die Schulpolitik als große Spardose für den Doppelhaushalt 2011/2012 erhalten muss, statt die Zukunftsperspektiven unserer Kinder und Jugendlichen durch vermehrte Bildungsanstrengungen zu verbessern. Die erneuten Verschlechterungen für die Eltern bei der Schülerbeförderung oder bei den dänischen Schulen sind weitere beispiellose Fehlleistungen Ihrer Politik.

Dieses Schulgesetz ist unnütz, handwerklich schlecht gemacht und überflüssig wie ein Kropf! Was bezwecken Sie damit? Sie mögen eine Regierungskoalition auf Abruf sein, aber Sie haben alle einen Eid abgelegt, Schaden von Schleswig-Holstein abzuwenden. Ein deutsches Sprichwort sagt: „Durch Schaden wird man selten klug“ – wie wahr, möchte man Ihnen heute zurufen, Herr Bildungsminister.

Wir werden hoffentlich noch 2011, spätestens aber kurz danach neu wählen, Ihr Schulgesetz soll schon ab dem kommenden Schuljahr 2011/2012 greifen. Wir bedauern jetzt schon die betroffenen Schulen, Eltern und Kinder, die wahrscheinlich – wenn auch nur ein Jahr unter Ihrer Anti-Schul-Politik leiden müssen. Wir könnten es uns leicht machen und Ihnen im Namen der aktuellen Oppositionsparteien für eine weitere Steilvorlage für den dann stattfindenden Wahlkampf danken! Aber unsere Verantwortung für Schleswig-Holstein gebietet etwas anderes.

Tun Sie sich und allen Betroffenen einen Gefallen, packen Sie diesen Gesetzesentwurf dahin zurück, wo er offenbar hergekommen ist – in die blaue Tonne! Kehren Sie um – ziehen Sie ein Gesetz zurück, das Schleswig-Holstein Schaden zufügt. Anderenfalls werden wir die baldigen Landtagswahlen zur Volksabstimmung über Ihre verfehlte Schulpolitik machen. Diese Ankündigung dürfen Sie wörtlich nehmen! ■

## Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein  
Lübecker Straße 6

23701 Eutin  
Tel.: 04521/5957  
Mail: kv-ostholstein@spd.de  
V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter